

Kathrin Steyer

Reformulierungen. Sprachliche Relationen zwischen Äußerungen und Texten im öffentlichen Diskurs*

Vorbemerkung

In der vorliegenden Studie wird versucht, die Diskussion theoretischer Probleme der Reformulierungs- und Redewiedergabeforschung mit einer analytischen Beschreibung eines besonders aufschlußreichen Ausschnitts der jüngsten deutschen Sprachgeschichte zu verbinden.

Hinsichtlich relationaler Beziehungen zwischen Original- und Wiedergabeausdrücken kann — über den bisherigen Stand der Forschung hinausgehend — gezeigt werden, wie sich verschiedene sequentielle und textuelle Einbettungen auf den Charakter sprachlicher Bezugnahmen auswirken. Die Analyse erhellt auch sprachliche Vorgänge, über die sich — von den Sprachteilnehmern nicht immer bewußt wahrgenommen — ganz bestimmte Standardthematisierungen, -argumentationen und -bewertungen im öffentlichen Diskurs konstituieren, die unter Umständen zu kommunikativen Mißverständnissen führen können.

Das Buch ist eine überarbeitete und stark erweiterte Fassung meiner Dissertation, die im Dezember 1994 an der Universität Mannheim eingerichtet wurde. Seine Entstehungsgeschichte hat gleichsam selbst etwas Historisches. Die konzeptionellen Gedanken entwickelte ich noch am Zentralinstitut für Sprachwissenschaft der Berliner Akademie. Im wissenschaftlichen Umkreis von Prof. Dr. Dieter Viehweger erhielt ich wesentliche Impulse vor allem auf den Gebieten der Text- und der Sprechakttheorie. Sein früher Tod im Jahre 1991 hinterließ eine schmerzliche Lücke.

Nach der Auflösung des Berliner Instituts konnte ich die Untersuchungen am Institut für deutsche Sprache, Mannheim fortführen und sie in einem erweiterten Rahmen in das Projekt zur linguistischen Auswertung des IDS-Korpus zur „Sprache der Wende“ integrieren. Im Mittelpunkt dieses Vorhabens standen lexikologisch-lexikographische, begriffsgeschichtliche und textlinguistische Analysen zu sprachlichen Vorgängen im Zusammenhang mit der Wende in der DDR und der deutschen Vereinigung.

Neben dem vorliegenden Band wurden drei weitere Publikationen erarbeitet: der Beitrag von Claudia Fraas zu Gebrauchswandel und Bedeutungsvarianz in Textnetzen, das Wörterbuch zum öffentlichen Sprachgebrauch 1989–1990 von Dieter Herberg, Doris Steffens und Elke Tellenbach und das Alphabetische Wörterverzeichnis zum „Wendekorpus“ des IDS von Manfred W. Hellmann (vgl. Literatur). (Vgl. auch Fraas 1995, Herberg/Steffens/Tellenbach 1995).

Für die Betreuung meiner Arbeit habe ich Prof. Dr. Gerhard Stickel in besonderer Weise zu danken. Er hat mir in der entscheidenden Phase der Arbeit die notwendige inhaltliche und moralische Unterstützung gegeben. Das Zweitgutachten übernahm Prof. Dr. Beate Henn-Memmesheimer. Prof. Dr. Elisabeth Gülich ermöglichte es mir, im Bielefelder Diskurskreis mein Konzept vorzustellen und zu diskutieren. Ihre

Hinweise brachten meine Arbeit wesentlich voran. Wichtige Denkanstöße und viel Ermutigung erhielt ich auch von Prof. Dr. Josef Klein. Doris al Wadi hat sich beim Korrekturlesen zuverlässig und akribisch meines Textes angenommen.

Meiner Familie danke ich für alles.

Mannheim, im Juli 1996

Kathrin Steyer

0. Einleitung

Die Entwicklung menschlicher Kultur basiert ganz wesentlich auf der Erinnerung an Vergangenes und auf der Verarbeitung von bereits Dagewesenem. Sei es in der Wissenschaft oder Politik, in der Musik, Malerei, Architektur oder Literatur, überall findet sich im Neuen Altes „Aufgehobenes“ im Sinne Hegels. Immer, so Posner, gehe es dabei um Zeichenkomplexe, die ohne Einbeziehung anderer Zeichenkomplexe nicht angemessen interpretiert werden können.

„Erweitert man den Textbegriff von den wortsprachlichen Zeichenkomplexen auf Zeichenkomplexe in beliebigen Künsten, Kodes und Medien [...], so stellt sich allgemein die Frage, welcher semantische Mehrwert jeweils durch die Einbeziehung anderer Texte in die Rezeption eines gegebenen Textes entsteht.“ (Posner 1992, S. 2f.)

Das wissenschaftliche Problem: Die Bezugnahme auf bereits Gesagtes oder Geschriebenes ist vor allem ein zentrales kommunikatives Phänomen. In alltäglichen Kommunikationssituationen (ein Gespräch, ein Vortrag, eine Rede, die Produktion oder Rezeption einer Zeitungsseite) gibt es wohl kaum einen Redebeitrag, der nicht implizit oder explizit auf einen oder mehrere andere referiert. Ganz wenige Äußerungen sind wirklich 'neu', die meisten variieren bereits Gesagtes, Geschriebenes, Gehörtes. Thematisiert und kommentiert wird dieses Phänomen (z.B. in intuitiven alltagsweltlichen 'Sprecherurteilen' über Sprache) zumeist nur dann, wenn es als kommunikativer Mangel erscheint, wenn Sprecher variiertes Wiederholen von Äußerungen als 'störend' oder 'langweilig' empfinden: Jemand wiederholt sich, Politiker reden immer dasselbe usw. Diese alltagsweltliche Beurteilung verstellt nicht selten den Blick dafür, daß es sich hierbei um notwendige sprachliche Verfahren handelt, die eine Verständigung über den Einzeltext oder die aktuelle Situation hinaus — im Diskurs — erst möglich machen. Selbst Face-to-face-Kommunikation kommt nicht ohne einen Vorrat an kommunikativen Akten aus, die von den Partnern in analoger Weise dekodiert und angewendet werden können, weil sie bereits 'Äußerungserbe' der Sprachgemeinschaft sind. Viele dieser ursprünglich komplex formulierten Äußerungen sind inzwischen als eine Art 'geronnenes Wissen' in den kognitiven Bestand der Sprachgemeinschaft übergegangen. Die Genese solcher Äußerungen kann vom Sprachbenutzer oft gar nicht mehr rekonstruiert werden. So läßt sich die Entstehungsgeschichte von Sprichwörtern meistens nur noch mit Hilfe von in Lexika zur Verfügung gestelltem Expertenwissen ermitteln. Aber auch Redewendungen wurden irgendwann zum ersten Mal produziert und dann weitergesagt, bis sie sich immer mehr von ihrem Ursprung entfernten und auch ohne Kenntnis des ersten Äußerungsanlasses versteh- bzw. anwendbar wurden. Auf den sprachphilosophischen und sprachtheoretischen Aspekt dieses Phänomens weist u.a. bereits Wunderlich hin, der in seinen noch immer aktuellen Ausführungen zur Redeerwähnung die

Fähigkeit, tieller Relationen (3.2), funktionaler Besonderheiten (3.3) und verschieden ausgeprägter Identifizierbarkeit (3.4). Schließlich werden in 3.5 zwei Grundtypen von Reformulierungen vorgeschlagen: die **Redewiedergabe** (mit ihren beiden Formen: direkte und indirekte Wiedergabe) als Kernbereich der Reformulierung zum einen und die **freie Wiedergabe** (mit ihren beiden Formen: berichtende und komprimierende Wiedergabe) zum anderen.

Im **vierten Kapitel** werden Reformulierungsausdrücke und -sequenzen in ihren verschiedenen Wiedergabestrukturen beschrieben und mit ihren entsprechenden Bezugsausdrücken bzw. anderen Reformulierungsvarianten verglichen. Die zwei Reformulierungstypen bilden dabei den Hintergrund für die Beschreibung. Es wird im Detail untersucht, inwieweit die reformulierte Entität dem Original entspricht oder in welcher Art und Weise sich relevante — durch den Reformulierer beeinflusste — Veränderungen ergeben. Anhand von ausgewählten Beispielen, die als prototypisch gelten können, wird der Nachweis versucht, daß — oft nur durch minimale sprachliche Modifikationen und Verschiebungen — die drei wesentlichen Funktionen von Reformulierungen zwischen Texten (Information, Interpretations- und Bewertungsangebot) zumeist **parallel** realisiert werden. In 4.1 (Redewiedergaben) und 4.2 (freie Wiedergaben) werden Beispiele aus Texten T2, die fast ausschließlich aus Reformulierungen bestehen, und aus den dazugehörigen Kommentaren T3 behandelt. 4.3. faßt dann typische Vorkommensweisen der einzelnen Reformulierungstypen zusammen.

Im **fünften Kapitel** erfolgt dann wieder ein Perspektivenwechsel. Reformulierungen werden nunmehr als sprachliche Verfahren betrachtet, die über einen längeren Zeitraum hinweg thematisch-argumentative Stränge und spezifische kommunikative Muster konstituieren. Zu diesem Zweck werden in 5.1 durch einen Quervergleich der Reformulierungstexte und Redekommentare die **typischen** Wiedergabemuster der Regierungserklärung isoliert, die zugleich Schlüsse hinsichtlich typischer Rezeptionsmuster im Wendediskurs überhaupt zulassen. In 5.2. kann gezeigt werden, wie die beschriebenen Reformulierungseffekte — auch bei häufigen Wiederaufnahmen und Weiterverarbeitungen einer Kernaussage der Regierungserklärung über einige Jahre hinweg — eintreten.

Das **sechste Kapitel** schließlich faßt die Analyseergebnisse zusammen und präsentiert Schlußfolgerungen in bezug auf allgemeine Eigenschaften von Reformulierungen. Es wird weiterhin die Auffassung vertreten und begründet, daß die in der Analyse herausgearbeiteten Reformulierungseffekte (z.B. Disambiguierung und Vagheitsauflösung) nicht nur für diese Fallbeispiele zutreffen, sondern für öffentliche Kommunikation überhaupt gelten (6.1). Durch die Formulierung von möglichen Maximen für faires Reformulieren soll abschließend auf die sprachkulturelle Dimension des Phänomens 'Reformulierung' aufmerksam gemacht werden (6.2).

1. Die Analysetexte und ihr innerer Zusammenhang

1.1 Die Diskurswelt der 'Wende'

Das untersuchte Korpus setzt sich aus einer Vielzahl von zwischen September 1989 und Oktober 1990 produzierten Zeitungs- und Fernsehtexten, öffentlichen Reden, Statements und Demonstrationslösungen zusammen. Dieser Zeitraum — vom Sturz der DDR-Regierung und der Öffnung der Grenzen im Herbst 1989 bis zur

Vereinigung Deutschlands im Oktober 1990 — ist nicht nur eine historische Etappe in der deutschen Geschichte, sondern zugleich auch eine besonders intensive Phase der Sprachentwicklung. Nicht zuletzt der Sprachwitz der Montagsdemonstrationen in Leipzig und der inzwischen schon legendären Demonstration am 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz sowie die Diskussionskultur des Runden Tisches zeigen, daß sich solche politischen Umwälzungen nicht unwesentlich über Sprache vollziehen und zugleich in Sprache manifestieren. Die kommunikativen Prozesse dieser Zeit sollen unter dem Begriff 'Wendediskurs' subsumiert werden, wobei sich innerhalb des Wendediskurses zahlreiche Subdiskurse unterscheiden lassen. So kann ein Subdiskurs all jene Äußerungen und Texte umfassen, die sich auf ein identisches Thema (z.B. deutsche Einheit, Staatssicherheit) beziehen oder von einer bestimmten politischen Gruppierung/Partei (z.B. Sprache der Bürgerbewegungen) stammen oder auch ein historisches Ereignis einbetten (z.B. Öffnung der DDR-Staatsgrenze am 9. November 1989).

Der Wendediskurs läßt sich für die analytischen Zwecke dieser Arbeit in fünf wesentliche Phasen einteilen, die einerseits durch die politischen Ereignisse, andererseits durch für diese Etappe typische Kommunikationssituationen und Textsorten markiert sind.¹ Viele der vor allem in der 2. und 3. Phase behandelten Themen sind für die thematisch-argumentative Struktur des zu analysierenden Originaltextes und für seine Weiterverarbeitung in den Folgetexten von besonderer Relevanz.

Vorphase: Mai — August 1989

1. Phase: 9. September — 9. November 1989

2. Phase: 10. November — Mitte Januar 1990

3. Phase: Mitte Januar — 18. März 1990

4. Phase: 19. März — 1. Juli 1990

5. Phase: 1. Juli — 3. Oktober 1990

Zur Vorphase (Mai — August 1989)

Die Vorphase weist noch jene Spezifik kommunikativen Verhaltens auf, die Schlosser die „innere Mehrsprachigkeit einer Sprachgemeinschaft“ nennt. Diese in jeder größeren Sprachgemeinschaft existierende innere Mehrsprachigkeit sei in der DDR jedoch noch von besonderer Art gewesen (Schlosser 1990, S. 158). Es gibt zu diesem Zeitpunkt zumindest drei verschiedene Bereiche des Kommunizierens, die für die Betrachtung der Sprache vor, in und nach der Wende von Relevanz sind (vgl. Fraas/Steyer 1992, S. 175):

- a) der öffentliche Diskurs
- b) der 'halböffentliche' Diskurs
- c) der privat-zwischenmenschliche Diskurs.

Jeder dieser drei Bereiche hat eine spezifische Ausprägung, vor allem eine eigene Art des Informationstransfers und der Konstituierung von Bewertungsmustern, wobei b) und c) getrennt von a) existieren und a) eine relativ hermetische Kommunikationswelt darstellt. Im Frühjahr und Frühsommer 1989 befindet sich die DDR in einer Vorkrisensituation, die im offiziellen Sprachgebrauch nur insoweit Beachtung findet, als ihre Existenz in den DDR-Medien bestritten und entsprechende Kritik zurückgewiesen wird. Offizielle Verlautbarungen dieser Zeit sind ein typischer Fall für mehrfachadressierte Texte, wobei primäre und sekundäre Adressaten zu unterschei-

den sind. Die Produzenten dieser Texte — zumeist nicht die Journalisten — meinen erst in zweiter Instanz den unmittelbaren Rezipienten des Mediums, in erster Instanz aber jene, die ganz offen von der Krise in der DDR sprechen, also 'die Bundesrepublik' sowie die oppositionellen Kreise im eigenen Land.² Verbunden ist dies mit der Publikation euphemistischer Berichte über den Zustand der DDR. Die Berichte stehen im Gegensatz zu dem in der Bevölkerung — ermuntert durch Glasnost und Perestroika — immer lauter werdenden Unmut über die politische Lage in der DDR. In einigen wenigen Zeitungen, wie der kulturellen Wochenzeitung „Sonntag“, finden sich auch kritische Texte, die eine Reform des politischen Systems in der DDR anmahnen.

Im halböffentlichen Bereich — speziell initiiert durch die sich in Kirchen- und Friedenskreisen formierenden oppositionellen Kräfte — entstehen zahlreiche informelle Texte wie die Informationsblätter der Umweltbibliothek, Berichte von Kirchentagen etc., die jedoch wegen ihres 'subversiven' Charakters nur eine relativ geringe Verbreitung erfahren.

Einen bisher unterschätzten Einfluß auf das kommunikative Verhalten während der Herbstereignisse haben die Diskussionen, die außerhalb der Kirchen und Oppositionsgruppen stattfinden, z.B. in Theatern und Konzertsälen, bei Schriftstellerlesungen usw., aber auch als gruppeninterne Diskussionen bei Veranstaltungen der damals existierenden Parteien, gesellschaftlichen Organisationen und Interessengemeinschaften. Diese Art und Weise des Kommunizierens ist durch eine Mischung aus Elementen der Alltagssprache und Elementen der öffentlichen Rede gekennzeichnet. Der halböffentliche Diskurs etabliert sich zwar in einem gewissen institutionellen Rahmen, jedoch ohne die Beschränkungen und Restriktionen des offiziellen DDR-Sprachgebrauchs (vgl. Fraas/Steyer 1992, S. 176f.). Gerade in diesem Bereich bildet sich eine 'Kultur metakommunikativer Rede' heraus, die später vor allem bei den Demonstrationen und öffentlichen Foren in der Wende von vielen Beobachtern erstaunt wahrgenommen wird. Kommunikationsteilnehmer verbalisieren Bewertungen über die Sprache und sprachliches Handeln anderer Kommunikationsteilnehmer, um Konsens oder Dissens zu signalisieren. In der halböffentlichen Kommunikation der Vorwendezeit werden vor allem Bewertungsmuster und Rituale öffentlicher Rede thematisiert, zumeist um sich von ihnen zu distanzieren.

1. Phase: 9. September — 9. November 1989

Im Verlauf dieser zwei Monate erfahren die genannten drei Bereiche unterschiedlich ausgeprägte Veränderungen. Die Entwicklung tritt in eine neue Phase, als der Gründungsaufruf des „Neuen Forums“ auch außerhalb der entsprechenden Gruppierungen wahrgenommen wird und die Kommunikation der oppositionellen Kräfte damit ihren 'subversiven' Charakter verliert. Die Lage im Land spitzt sich dramatisch zu, vor allem aufgrund der Botschaftsbesetzungen in Prag und Warschau sowie der Massenflucht über die ČSSR und Ungarn. Anfang Oktober kommt es zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei am Dresdner Hauptbahnhof. Anscheinend unberührt von den Ereignissen, bereitet sich die offizielle DDR auf ihren 40. Jahrestag vor. Typisch für diese Zeit sind — neben den im 'alten Stil' verfaßten Texten — solche mit Gründungsaufrufen und Programmen für neue Parteien und Bewegungen (SPD, „Demokratie jetzt“ usw.), Appell- und Mahntexte, Resolutionen, Leserbriefe und Stellungnahmen von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Diese

appellierenden Texte weisen eine sich ähnelnde thematischargumentative Struktur auf: Sie signalisieren Besorgnis über die Entwicklung, fordern die DDR-Führung auf, endlich zu reagieren und Reformen einzuleiten, und schließlich werden die Mitbürger aufgerufen, sich zu organisieren. Damit dringen zunehmend Elemente des halböffentlichen Bereichs in den öffentlichen ein. In den Medien setzt sich — wenn auch noch vorsichtig — ein neuer Ton der Berichterstattung durch (z.B. in der Jugendsendung „ELF 99“). Mit den in dieser Zeit beginnenden Montagsdemonstrationen bildet sich eine der wesentlichsten Formen der 'Wendekommunikation' überhaupt heraus: das öffentliche Verhandeln von Problemen auf Demonstrationen und Foren.

Ausgelöst durch die Ereignisse am 7./8. Oktober 1989, entsteht eine neue (temporäre) Textsorte: die „Gedächtnisprotokolle“. Während die Regierung der DDR mit Staatsgästen aus zahlreichen Ländern die offiziellen Feiern zum 40. Jahrestag der DDR begeht, finden überall Demonstrationen statt, bei denen es u.a. zu den sogenannten 'Zuführungen' durch die Polizei kommt. Menschen werden — zumeist vollkommen willkürlich — auf LKWs verladen, zu Polizeistationen gebracht, auf verschiedene Art in Gewahrsam genommen und verhört. Eine unabhängige Kommission untersucht später diese Vorfälle. Die Gedächtnisprotokolle sind Augenzeugenberichte Betroffener, die unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse ihre Erlebnisse bei den Polizeiaktionen beschreiben (vgl. Gedächtnisprotokolle 1990).

Nach dem Rücktritt Erich Honeckers am 18. 10. 1989 gibt es eine aufschlußreiche Übergangsphase im kommunikativen Verhalten einiger DDR-Politiker wie Egon Krenz oder Günter Schabowski. Ihre Versuche, sich den Bedingungen der Wende anzupassen, werden vor allem lexikalisch signalisiert. Diese Sprecher nutzen lexikalische Einheiten, die für die offizielle politische Rhetorik in der DDR nicht typisch sind, gleichsam als Etiketten für Flexibilität und Veränderungsbereitschaft, z.B. *Dialog*, *Erneuerung*, *Zukunftsvorstellungen*, *Oppositionsgruppen*, *Reisemöglichkeiten*. Diese lexikalischen Etiketten sind jedoch in die tradierten Argumentations- und Stilmuster eingebettet. Ein markantes Beispiel dafür ist der Versuch, einen dominierenden Schlüsselbegriff in dieser Phase zu besetzen, den Begriff *Dialog*. Auf der Straße und im gesamten gesellschaftlichen Leben entsteht eine neue Diskussionskultur. Funktionäre werden zur Rede gestellt. Diese wiederum versuchen eine „Politik des Dialoges mit allen Schichten der Bevölkerung“ zu initiieren. Die Pfiffe auf der Alexanderplatz-Demonstration vom 4. November bei Reden 'gewendeter' Politiker zeigen, daß die Rezipienten diese sprachlichen Anpassungsmechanismen durchschauen. Die Reden und Sprüche auf dieser Demonstration setzen auf originelle und eindrucksvolle Weise einen gewissen Endpunkt eines Diskursabschnittes, den man unter zwei Hauptthemen zusammenfassen kann.³

→ Abrechnung mit dem alten System,

→ Hoffnung auf eine reformierte, gerechtere und weltoffene DDR.

Demgegenüber spielt das Deutschland-Thema in dieser ersten Phase eine eher marginale Rolle. Wenn überhaupt, wird es vor allem im Kontext der Flüchtlingsproblematik behandelt.

2. Phase: 10. November — Mitte Januar 1990

Diese Phase ist durch eine Vielfalt neuer Kommunikationsformen und Textsorten gekennzeichnet, die bei den basisdemokratischen Aktionen vieler Menschen entstehen und dann rasch Verbreitung finden. In allen Teilen der DDR gibt es spontane Diskussionsforen, auf denen die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Es bilden sich Bürgerkomitees. In den DDR-Medien wird in Enthüllungstexten versucht, Vergangenheitsbewältigung zu leisten. In neuen Sendeformen wird die öffentliche Diskussion befördert. Die vollkommene Agonie der zwar noch existierenden, jedoch unter immer massiveren Druck geratenen alten Führung tritt u.a. auf jener historischen Volkskammertagung zutage, auf der der Minister für Staatssicherheit Erich Mielke eine Rede zur Verantwortung der Staatssicherheit hält, die dann vor allem durch den Satz „*Ich liebe doch alle, alle Menschen*“ bekannt wird. Diese Volkskammertagung ist gleichsam der Beginn einer Kultur der parlamentarischen Debatte, die es bis dato in der DDR nicht gab.⁴ Nach dem Rücktritt der Regierung beginnt am 7.12.1989 der Runde Tisch in Berlin mit dem Krisenmanagement. Parallel zu diesen Entwicklungen rückt nach der Grenzöffnung am 9.11.1989 das Deutschlandthema in den Mittelpunkt des Interesses. Millionen DDR-Bürger fahren über die Grenze. Die Medien reflektieren das entstandene neue Lebensgefühl auf zweierlei Art: Zum einen findet sich jetzt eine große Zahl 'touristischer' Texte über Westberlin und die Bundesrepublik, zum anderen erscheinen jedoch auch erste Texte zur Thematik der gemeinsamen Perspektive beider deutscher Staaten. Daß es in der DDR zu diesem Zeitpunkt zumindest zwei gegenläufige Tendenzen gibt, wird ganz deutlich: Intellektuelle veröffentlichen im November einen Aufruf „Für unser Land“, der eine eigenständige reformierte DDR beschwört. Auf den Montagsdemonstrationen dominieren demgegenüber zunehmend die „Deutschland einig Vaterland“-Sprechchöre und -sprüche. Bundeskanzler Helmut Kohl hält im Dezember in Dresden eine umjubelte 'Deutschlandrede'.

Im neuen Jahr kommt es trotz der Reformbemühungen in der neuen SED um Gregor Gysi zu Massenaustritten. Die SED-PDS hat endgültig die Führungsrolle verloren. Mitte Januar wird die Zentrale der Staatssicherheit in Berlin gestürmt. Der Runde Tisch wird live im Fernsehen übertragen und erlangt damit auch sprachlich eine breite Wirkung für die gesamte öffentliche Kommunikation.

3. Phase: Mitte Januar — 18. März 1990

Der Runde Tisch prägt in dieser Zeit das politische Bild der DDR wesentlich. Die Teilnehmer diskutieren grundlegende Texte wie z.B. den Entwurf einer neuen Verfassung. Zugleich geht es immer wieder um Vergangenheitsbewältigung und gemeinsam mit der Modrow-Regierung um die Bewältigung der akuten Krise, in der sich die DDR befindet. Es erscheinen viele neue Zeitungen, die das ganze politische Spektrum widerspiegeln, und mit einem neu erwachenden Regionalgefühl entsteht eine prosperierende Regionalpresse. Zunehmend beeinflusst der Wahlkampf das politische Klima im Land. Die Parteien entwickeln, unterstützt von ihren westlichen Partnern, zahlreiche Aktivitäten, wobei eine Grundfrage immer deutlicher hervortritt: für oder wider die Vereinigung Deutschlands. Viele der Themen, die später die neu gewählte Regierung — z.B. in der Regierungserklärung — aufgreift, werden bereits in den Wahlkampfmaterialien und Flugblättern diskutiert (z.B. Marktwirtschaft, Währungsunion etc.). Mit dem Sieg der CDU bei den Volkskammerwahlen vom 18.

März ist endgültig entschieden, daß sich die DDR auf klarem Kurs zur deutschen Einheit befindet.

4. Phase: 19. März — 1. Juli 1990

Nach dem Mehrheitsvotum der DDR-Bevölkerung für eine Vereinigung mit der Bundesrepublik geht es in dieser Phase in der öffentlichen Diskussion vor allem um die Wege, die zur deutschen Einheit führen. Der Runde Tisch wird aufgelöst, die neu gewählte Regierung unter Ministerpräsident Lothar de Maizière übernimmt die Regierungsgeschäfte. Die Verhandlungen zum Staatsvertrag und die Vorbereitungen auf die Währungsunion beginnen. Westliche Unternehmer verlagern ihr Geschäftsinteresse zunehmend in die DDR, vor allem im Bereich der Immobilien, des Zeitungsmarktes und des Handels. Die öffentliche Kommunikation ist wiederum durch zwei relevante thematischargumentative Stränge geprägt. Es werden zahlreiche Texte zur bevorstehenden Übernahme des neuen Wirtschaftssystems produziert, z.B. Informationstexte zur Währungsumstellung beratende Texte zu Finanzproblemen und Steuerfragen oder zu Möglichkeiten einer Unternehmensgründung. Gleichzeitig gibt es eine Vielzahl warnender Texte, die die möglichen negativen Folgen dieser Entwicklung zur Marktwirtschaft beschreiben. Das zweite relevante Thema ist die „DDR-Identität“. Es wird — auch angesichts der Infragestellung fast aller Einrichtungen und Institutionen — diskutiert, was an der DDR erhaltenswert wäre.

5. Phase: 1. Juli — 3. Oktober 1990

Mit der Währungsumstellung am 1. Juli verändert sich das Leben für die DDR-Bürger in entscheidendem Maße. Die Volkskammer beschließt am 22. 8. 1989 den Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes. Das bedeutet, daß sich die Vereinigung — am 3. Oktober 1990 feierlich begangen — nach den Konditionen der Bundesrepublik vollzieht. Die durch den Beitritt installierten Verhältnisse prägen auch heute noch die Kommunikation im vereinten Deutschland sowohl im öffentlichen als auch privaten Bereich.

1.2 Die ausgewählten Texte

Die Kriterien für die Zusammenstellung eines Korpus für diese Untersuchung ergaben sich aus dem Bestreben, relevante Belege dafür zu finden, daß die bereits in der Einleitung beschriebene kommunikative Konstellation der Wiederaufnahme von Äußerungen als signifikant für öffentlichen Kommunikation gelten kann. Es war also aus der Gesamtheit der Diskurswelt eine Menge von Texten auszuwählen, die durch explizite Verweise miteinander verknüpft sind und sich vor allem auf ein gemeinsames sprachliches Objekt beziehen.

Ein geradezu exemplarischer Ausgangspunkt für Wiederaufnahmen und nachfolgende Interpretationen ist die Regierungserklärung von Lothar de Maizière, die der neu gewählte DDR-Ministerpräsident am 19. April 1990 vor der Volkskammer abgab. Die Volkskammerwahlen vom 18. 3. 1990 stellen — wie bereits angedeutet — einen Wendepunkt im politischen Leben der DDR und in dem gesellschaftlichen Veränderungsprozeß dar, den dieses Land seit dem Herbst 1989 durchläuft. Der 'Aufbruchsdiskurs' wandelt sich mit dem Sieg der CDU (Ost) zum 'Vereinigungsdiskurs'. Es ändern sich die Redeweisen in der Öffentlichkeit sowie die Themen und die Perspektiven. Ein Kernthema ist die mit dem CDU-Wahlsieg in

Aussicht gestellte Währungsunion und der damit verbundene Umtauschkurs. Mit Spannung wartet die politische Öffentlichkeit auf die Regierungserklärung des neuen DDR-Ministerpräsidenten, wobei man sich vor allem zwei Fragen stellt: Wieviel Eigenständigkeit ist der neue erste Mann imstande zu zeigen? Und: Wie äußert er sich zu den kontrovers diskutierten Fragen der Währungsunion? Die am 19. April abgegebene Regierungserklärung löst dann das erwartete große Echo aus. Sie wird in den Medien vielfach wiedergegeben, modifiziert und interpretiert.

Die Regierungserklärung selbst und die Texte, die unmittelbar vor und nach der Abgabe der Regierungserklärung am 19. April und der Volkskammerdebatte am 20. April produziert werden, bilden den Kernbereich des Korpus und den Analyseschwerpunkt dieser Arbeit.

Aus 13 Tageszeitungen wurden alle Beiträge ausgewählt — insgesamt rund 80 — die sich auf die Regierungserklärung unmittelbar davor und eine Woche danach in irgendeiner Art beziehen. Diese Texte liefern ein nahezu vollständiges Abbild der medialen Verarbeitungen des Originaltextes und stammen aus folgenden Tageszeitungen⁵.

Ost: „Berliner Zeitung“, „Neues Deutschland“, „Berliner Allgemeine“, „Neue Zeit“, „Morgen“ — die drei letztgenannten als Organe der damaligen DDR-Blockparteien LDPD, NDPD und CDU — und die „Tribüne“ als Gewerkschaftsorgan;

West: „Frankfurter Allgemeine“, „Tagesspiegel/Berlin“, „Berliner Morgenpost“, „Frankfurter Rundschau“, „Süddeutsche Zeitung“, „taz“, „Welt“.

Darüber hinaus liegen Originalmitschnitte der ersten Nachrichtensendungen am gleichen Tag sowie von Sendungen/Diskussionsrunden vor, die sich mit dieser Thematik beschäftigen.

Ausgewählt wurden nur solche Texte, in denen ein mehr oder weniger großer Anteil an reformulierten Einheiten vorkommt. Grundsätzlich mußte **jeder** Text mindestens einen expliziten Verweis darauf enthalten, daß er sich auf die Regierungserklärung bezieht.

Ein weiterer Teil von Textbelegen stammt aus dem IDS-Korpus zur Sprache der Wende (WKD/WKB), das in den Jahren 1990/91 im Projekt „Gesamtdeutsche Korpusinitiative“ zusammengestellt und dokumentiert wurde (vgl. dazu u.a. Herberg/Stickel 1992; Fraas/Steyer 1992; Herberg 1993). Diese Texte umfassen den Zeitraum von etwa einem halben Jahr vor und nach den Volkskammerwahlen vom 18. März bzw. auch aus den Jahren 1991–1993. Sie sind ebenso von einiger Relevanz, um zum einen die Vorgeschichte von Reformulierungen und zum anderen die Übernahme einzelner reformulierter Sequenzen in andere Kontexte verfolgen zu können.

Das ausgewählte Material ist aus zweierlei Gründen besonders aussagekräftig: Es ist linguistisch ergiebig, weil es **nicht** vordergründig kontrovers ist. Diese These scheint ein Widerspruch in sich zu sein, stehen doch in der Regel sprachliche Besonderheiten kontroverser Reden, Diskussionen und Auseinandersetzungen im Mittelpunkt des sprachwissenschaftlichen Interesses, Kommunikationsakte also, bei denen Sprecher ihre divergierenden Standpunkte und Bewertungen sehr explizit formulieren. Viele Untersuchungen im Bereich von Sprache, Politik und Öffentlichkeit

haben bisher vorrangig solche mehr oder weniger klaren Fälle von Meinungs-aushandlungen analysiert. Das ist auch ein entscheidender Nachteil mancher Arbeiten: Sie beschreiben Phänomene, die sehr explizit sind, die sozusagen 'auf der Hand liegen', die also jeder interessierte Medienkonsument ebenso erkennen kann. Dies wirft natürlich die Frage auf, wozu ein **linguistisches** Instrumentarium überhaupt notwendig ist. Oft reicht ein Wissen über die entsprechende kommunikativ-diskursive Konstellation schon aus, um z.B. bestimmte Interpretations- und Bewertungsrituale zu erfassen. Interessant wird es für den Linguisten aber doch erst dann, wenn er mit Hilfe einer detaillierten sprachwissenschaftlichen Analyse Mechanismen und argumentative Strukturen transparent machen kann, die den Sprechern und Hörern nicht in vollem Maße bewußt sein können, da sie quasi unter der Oberfläche der sprachlichen Ausdrucksform liegen und dort ihre Wirkung entfalten.

Auf die empirische Basis dieser Arbeit trifft in besonderer Weise zu: Die ausgewählten Texte erscheinen bei einer ersten Annäherung als ziemlich detailgetreue Wiederaufnahmen von Elementen des Bezugstextes. Die folgenden zwei Pressestimmen zeigen das Spektrum, in dem sich die Interpretationen und Bewertungen der Regierungserklärung bewegen.

BASLER ZEITUNG

„Die Regierungserklärung ist gewiß nicht allein Lothar de Maizières Werk. Daran mitgeschrieben haben auch die anderen Koalitionspartner. Dennoch ist unverkennbar, daß der ebenso sensible wie zähe Humanist und gläubige Nachkomme einer Hugenottenfamilie dem Dokument seinen ganz persönlichen Stempel aufgedrückt hat. Die Art und Weise, wie der 50jährige auf die Ängste und Anliegen seiner Mitbürgerinnen und Mitbürger eingeht, gleichzeitig aber die tatsächlichen Probleme dieser Welt im Auge behält, zeugt vom GröÙe und Weitsicht ... Und einen Vorwurf kann man ihm nach dem gestrigen Auftritt in der Volkskammer nicht mehr machen: daß er ein Erfüllungsgehilfe des Bonner Bundeskanzlers ist.“

AUGSBURGER ALLGEMEINE

„De Maizières macht Politik nach dem Motto 'warum das Fahrrad noch einmal erfinden?' Mit anderen Worten: Was sich in der Bundesrepublik bewährt hat, kann auch für die DDR nicht von Übel sein. So viel Selbstaufgabe ist wohl auch ein Zeugnis dafür, wie schlimm die Lage drüben wirklich ist. So hat die Regierung denn auch alle Reibungspunkte mit Bonn ausgeräumt ... Ob soziale Marktwirtschaft, Aufbau eines klar gegliederten Rechtssystems oder die rasche Wiedereinführung der Länder — Ost Berlin erfüllt alle Forderungen aus Bonn. Bleibt die Frage, worüber man eigentlich noch verhandeln will.“

Die große Mehrheit der den Bezugstext reformulierenden Sprecher befindet sich durchaus in einem Grundkonsens darüber, daß de Maizières eine ausgewogene, selbstbewußte und differenzierte Rede gehalten hat. Da die Medien diese Rede in großem Umfang wiedergeben, weisen die Texte einen sehr hohen Anteil an gleichen Wörtern und Formulierungen auf, es gibt nur selten Wiedergabeäußerungen, die auf den ersten Blick z.B. als 'zugespitzt' oder 'polarisierend' verstanden werden könnten. Die Reformulierungsmechanismen und -effekte, die Interpretations- und Bewertungsmuster lassen sich deswegen in diesem Korpus nur durch eine wirkliche Detailanalyse sowie durch eine vergleichende Analyse einer großen Menge von Texten und Textausschnitten rekonstruieren und bestimmen. Erst die Summe vieler der beschriebenen Einzelercheinungen und die ständige Wiederkehr ganz bestimmter Phänomene gestatten es dann, generelle Aussagen zu treffen.

Das Textmaterial ist auch deswegen so ergiebig, weil sich hier in geradezu exemplarischer Weise die Konstitution prototypischer Muster bei der Wiedergabe und der Bewertung von Äußerungen eines prominenten ostdeutschen Sprechers im damaligen Ost-West-Diskurs rekonstruieren läßt.

BEMERKUNGEN

¹ Die folgende Charakterisierung ist auch Ergebnis von konzeptionellen Diskussionen im Rahmen des Projektes „Gesamtdeutsche Korpusinitiative“ Mannheim/Berlin (vgl. Herberg/Stickel 1992, Herberg 1993).

² Inzwischen ist bekannt, wie stark die Verantwortlichen des Politbüros und der Abteilung Agitation und Propaganda des ZK der SED in die Medienberichterstattung eingriffen. Viele dieser mit „ADN“ bzw. „ND“ gekennzeichneten Statements wurden direkt von den dortigen Funktionären formuliert und dann — unter Nutzung der Agentur – oder Zeitungskürzel — über die Medien verbreitet (vgl. auch Bürger 1990).

³ Vgl. zur Demonstrationskommunikation u.a. auch Lang 1990, Fix 1990, Reiher 1992, Vollmert 1992.

⁴ Burkhardt bezeichnet alte Volkskammer als ein „Parlament ohne parlamentarische Sprache“ (Burkhardt 1992, S. 159).

⁵ Im Textanhang werden jene Texte (Redeberichte und Kommentare) vollständig dokumentiert, aus denen die wichtigsten und am ausführlichsten behandelten Analysebeispiele stammen. Dies soll eine Nachvollziehbarkeit der argumentativen Gesamtkontexte und der Originaleinbettungen (der 'Textwelten') ermöglichen.

LITERATUR

Fraas, Claudia (1996): Gebrauchswandel und Bedeutungsvarianz in Textnetzen. Die Konzepte IDENTITÄT und DEUTSCHE im Diskurs zur deutschen Einheit. (Studien zur deutschen Sprache 3). Tübingen.

Fraas, Claudia/Steyer, Kathrin (1992): Sprache der Wende, Wende der Sprache? Beharrungsvermögen und Dynamik von Strukturen im öffentlichen Sprachgebrauch. In: Deutsche Sprache 20, S. 172–184.

Gedächtnisprotokolle 1990: Schnauzel Gedächtnisprotokolle 7. und 8. Oktober 1989. Berlin – Leipzig – Dresden. Berlin.

Herberg, Dieter (1993): Die Sprache der Wendezeit als Forschungsgegenstand. Untersuchungen zur Sprachentwicklung 1989/90 am IDS. In: Muttersprache 103–3, S. 264–266.

Herberg, Dieter/Steffens, Doris/Tellenbach, Elke (1995): Schlüsselwörter der Wendezeit. Wörter-Buch zum öffentlichen Sprachgebrauch 1989/1990. Schriften des

Instituts für deutsche Sprache. Berlin/New York (i. D.).

Herberg, Dieter/Stickel, Gerhard (1992): Gesamtdeutsche Korpusinitiative. Ein Dokumentationsprojekt zur Sprachentwicklung 1989/90. In: Deutsche Sprache 20, S. 185–192.

Schlosser, Horst, Dieter (1990): Die deutsche Sprache in der DDR zwischen Stalinismus und Demokratie. Historische, politische und kommunikative Bedingungen. Köln.

Dr. Kathrin Steyer
Institut für deutsche Sprache
Postfach 101621
D-68016 Mannheim
Telefon 0621/1581–429
Telefax 0621/1581–200
e-mail: Steyer@ids-mannheim.de

* *Veröffentlicht in:* Studien zur deutschen Sprache. Forschungen des Instituts für deutsche Sprache. Gunter Narr Verlag Tübingen. 1997. S. 9–28.